

Elterninitiative Kölner GU-Schulen
c/o Ute Mey de Perez
Ostmerheimerstr. 309
51109 Köln

0221 – 68 00 144
ute.meydeperez@t-online.de

Bezirksregierung Köln
Regierungspräsident
Hans Peter Lindlar

OFFENER BRIEF

Köln, 18. Januar 2010

Sehr geehrter Herr Lindlar,

wir sind eine Elterninitiative, die die Schulpflegschaften der mehr als 20 Kölner Schulen mit gemeinsamem Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülern (GU) vertritt und sich in Köln seit Jahren erfolgreich für den Ausbau des gemeinsamen Unterrichts engagiert. Mit großem Erstaunen und Unverständnis haben wir der Presse entnommen, dass Sie planen, die neu einzurichtende Gesamtschule in Köln-Niehl weder als Ganztagschule noch als GU-Schule zu etablieren.

Sollten dieser Sachverhalt richtig sein, ist dies nicht hinnehmbar. Sowohl die Stadt Köln als auch auf Landesebene ist ein zügiger Ausbau des GU ein Gebot der Stunde. Die vom Bund und Land ratifizierte UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung ist unverzüglich umzusetzen. Das heißt, dass neue Schulen den gemeinsamen Unterricht **von vorneherein** in ihr Konzept aufnehmen müssen. Erfahrungen im GU bestehen schon genug, so dass man von einer etablierten Unterrichtsform sprechen kann und nicht riskieren sollte, dass der GU als „notwendiges Anhängsel“ angesehen wird. Nicht zuletzt erwarten Eltern, deren behinderte Kinder aufgrund fehlender GU-Plätze „zwangsweise“ in eine Förderschule eingewiesen werden, von Ihnen, dass Sie **jetzt**, wo die Möglichkeit des gemeinsamen Unterrichts besteht, handeln und nicht unnötiger Weise noch zuwarten.

Eine Elternbefragung hat in Köln ein eindeutiges Meinungsbild erbracht: Die Eltern der jetzigen Kölner Drittklässler haben sich mehrheitlich für längeres gemeinsames Lernen (Gesamtschule) und auch **zu über 70 Prozent für den GU** ausgesprochen (und damit auch die Mehrheit der Eltern von nicht behinderten Kindern!).

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie Ihre Entscheidung revidieren und von vorneherein einen vernünftigen GU und einen Ganztagsbetrieb an der Brehmstraße ermöglichen. Den betroffenen Menschen in Köln ist nicht vermittelbar, warum die städtische Verwaltung in ihren sinnvollen Vorhaben durch Entscheidungen der Bezirksregierung torpediert wird.

Mit freundlichen Grüßen

Ute Mey de Perez
für die Elterninitiative Kölner GU-Schulen